

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gedr. Arnold, Dresden
und Schf. Staatsbank.

Postkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altstadt

Abbestellungsmittel: Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 16 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Pf., die 30 mm breite Restlampe 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 45

Dresden, Freitag den 22. Februar 1924

35. Jahrg.

Wahlen und Ausnahmezustand

Von Karl Severing

Am 8. Februar hielt der preussische Minister des Innern, Genosse Seevering, vor der freien Vereinigung Republik und Sozialismus einen Vortrag, der sich in der Folge erheut. Wir geben daraus einige Stellen wieder, die für uns in Sachen von besond. Interesse sind.

Die kommenden Wahlen müssen geführt mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung, und das Betrüben: diese Lügen finden auch bei unseren Genossen ein Publikum. Weibel hatte bloß eine Villa in der Schweiz; ich habe gleich zwei, und in der Kart habe ich ein Bauernhaus und bin Teilhaber einer großen Maschinenfabrik in Wiesbaden! Das sind Dinge, die mir nichts anhaben und von denen ich bedauere, daß es nur Märchen sind. Aber ich bin überzeugt, wenn man das in einem Bezirk erzählt, in dem man mich kennt, dann läßt das Rückschloß zu, wie Parteigenossen weiter und verdächtigt werden, die nicht so kontrolliert werden können wie ich. Auf anonyme Zuschriften gebe ich nicht viel. Einer Zuschrift der letzten Zeit habe ich jedoch eine gewisse Beachtung beigemessen, in der erzählt wurde, eine kleine Gruppe von prominenten Industriellen und agrarischen Produzenten und Vertretern von Handelskammern hätte sich zusammengesetzt, um Geld zusammenzubringen für die Bekämpfung republikanischer Führer. Alle die Leute, die in den letzten Jahren im öffentlichen Leben gestanden haben und die in dem Verdacht stehen, ihre christliche Heberzeugung vertreten zu haben, sollten in den Schmutz gezogen werden, und zwar so, daß mit ihrer Bekämpfung auch die Partei getroffen war, der sie in der Vergangenheit dienen. Daß diese Art des Kampfes aus in der nächsten Zeit befehrt sein wird, davon habe ich jetzt einen Vorgeschmack in Thüringen bekommen. Was in der Beziehung von der deutschnationalen Presse und leider auch von einem Teil der sozialparteilichen Presse verbreitet wird, gemacht heute schon an die Reichsbanner, die vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor 12 bis 15 Jahren gegründet worden sind. Wenn wir jetzt tagelange diese Angriffe bezogenen wollen, ist erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld notwendig. Ich glaube deshalb, wenn man diese Dinge nächsten beurteilt, daß es entweder Panik oder Dummschiffe, die sich noch auf den Standpunkt stellen, es wäre ganz egal gewesen, wir hätten auf eine Entscheidung verzichten müssen. Wer eine Niederlage der Partei herbeiführen will, der läßt das allerdings ganz recht geschäft.

Ich komme nun auf den Ausnahmezustand. Als er damals — ich glaube in der Nacht vom 28. auf 27. September — verhängt wurde, da habe ich erklärt, ich sei sehr einverstanden damit, denn nun würde doch wohl die Reichsleitung in Bayern verfassungsmäßige Zustände wiederherstellen. Denn seine Verhängung würde mir begründet mit dem Hinweis darauf, daß die Bayern ihn auf Grund des Absatz 4 des Artikels 48 proklamiert hätten und daß dieser Ausnahmezustand in Bayern als eine verfassungsmäßige Maßnahme nicht angesehen werden könnte, und daß es sich darum handele, in Bayern Ordnung herzustellen. Es verging aber der erste Tag, es geschah nichts gegen Bayern; es verging der zweite Tag, die erste Nacht, es erfolgte nichts. Es verging die dritte Nacht, man lebte sich in Bewegung, fechte Truppen zusammen, brachte sie oder nicht nach Bayern, sondern nach Sachsen. Es kam zu den unerwarteten Auseinandersetzungen im Reichskabinett, zum Austritt unserer Parteigenossen aus der Regierung, zu den heftigsten Vorwürfen der sozialdemokratischen Presse gegen die Reichsregierung, die darin gipfelten, daß gegen Bayern nichts geschähe, aber gegen Sachsen und Thüringen, gegen verfassungstreue Länder, militärische Kräfte angeordnet wurden. Wie haben aus diesem militärischen Ausnahmezustand lernen müssen. Nicht nur die Reichsregierung, nicht nur die Sozialdemokraten, die im Reichskabinett gesessen haben, sondern ich glaube alle Beamten, die in dieser Zeit vom Ausnahmezustand betroffen worden sind — und die Beamten sind alle betroffen worden — haben ihre Erfahrung aus den Dingen gezogen.

Dabei ist es nicht einmal so, wie das vielfach von unseren Parteigenossen angenommen wird, daß alle Befehlshaber reaktionäre Männer wären, die diese Situationen reichlich ausnutzen, um den Sozialdemokraten Schaden zuzufügen zu verdrängen. Ich habe, von Differenzen zwischen Militärbefehlshabern und preussischen Beamten aufhauenden, mich bemüht, die Befähigung und Mäßigkeit der Beamten von ihnen und drüben selbst zu prüfen, und ich habe gefunden, daß es neben einigen Generalen, die in der Tat nichts anderes sind als Soldaten, andere gibt, die gewillt sind, mit den besten Behörden gut zusammenzuarbeiten und die auch berechtigten Forderungen der glücklichen Wehrmacht willig folgen gelassen haben, die wirklich bemüht waren, den Ausnahmezustand nur gegen Aufständische anzuwenden. Aber es genügt nicht der gute Wille des Kommandeurs; denn der Kommandeur kann sich um die Einzelheiten gar nicht kümmern, die in einem Wehrbezirk, in einem so großen Gebiete zu regeln sind.

Von Eingriffen in die Pressefreiheit spreche ich gar nicht. Aber die Einstellung einiger Militärbefehlshaber zu unseren Leistungen, das ist doch etwas, was festgestellt werden muß. Was es heißt, einen Wahlkampf zu führen unter der Bevormundung des Heeres, das zeigen die Landtagswahlen in Thüringen. Eine solche Bevormundung kommt nicht uns zugute. Bewußt werden einige freigeschloß, und die werden sich sagen, „nun exist nicht“. Aber dieser Born des einzelnen kommt nicht in Betracht, er enthält sich zugunsten der Majorität; wenn uns viele Stimmen abgetragen werden und wenn Wähler verboten werden, kann dieser Verlust nicht wieder ersetzt werden. So war es in Sachsen, so in es heute in Thüringen, und so war es im ganzen Mecklenburg.

Wie lange der militärische Ausnahmezustand noch dauern wird, kann ich im Augenblick nicht sagen. Die preussische Regierung tut alles, um die zuständigen Reichsstellen zu veranlassen, ihn recht bald aufzuheben. Dagegen wird nun eingewendet, die Zustände der

Unsicherheit auf dem Lande und in der Stadt. Wenn dieser Einwand richtig wäre, müßte doch festzustellen sein, daß die Unsicherheit auf dem Lande und in der Stadt vom 28. September vorigen Jahres an geringer geworden wäre, daß erhebliche Verbesserungen eingetreten seien. Ist das der Fall? Die deutschnationalen Presse begründet die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes damit, daß jetzt noch jeden Tag Raubmorde vorkommen, daß jetzt noch abhöflich Lebensmittel auf dem Lande vertrieben werden usw. Wenn das unter dem Ausnahmezustand geschähe, dann weiß ich nicht, was er uns darin noch nützen kann. Nun der Hinweis auf die Verschärfung der Organisation, die durch Artikel 48 erst jüngst nach ihrer Verschärfung bewiesen hätten. Ich glaube, wir haben in Preußen den Beweis erbracht, daß wir auch mit Hilfe der Polizei diesen Verschärfungen den Garaus machen können. Ich habe das Empfinden, als ob einige militärische Stellen — nicht alle, vor allem nicht die Leitung — gar nicht einsehen, daß auch die Exekution des Stahlhelmbundes usw. nichts anderes sind, als die Verschärfung illegaler Organisationen in anderer Form. Die Leute sind aus den verbotenen Organisationen ausgetreten und Mitglieder in diesen Organisationen geworden, bilden besondere Gruppen und diese besonderen Gruppen sind auch bemüht, nicht allein mehr Anhänger zu gewinnen, sondern die Anhänger auch recht bald mit militärischen Ausstattungsgegenständen zu versehen. Dagegen können und werden wir auch mit polizeilichen Mitteln vorgehen. Es ist wieder zur Verschärfung der Verschärfungsorganisationen von rechts nach links erforderlich, daß der Ausnahmezustand aufrechterhalten bleibt. In Preußen und andern Staaten des Reiches kann dies von der Polizei bewerkstelligt werden. Die Wehrbehörden hätten hierfür eine ausreichende Gewähr. Das weiß man. Aber im Lager derjenigen, die uns am heftigsten bekämpfen, darf man überzeugt sein, daß wir gegen die Art, wie heute in Deutschland unter dem Deckmantel nationaler Erziehung innerpolitisch getrieben wird, und mit aller Entschiedenheit wenden, und daß wir diesen Bestrebungen die größten Schwierigkeiten auszubringen uns bemühen.

Preußen ist immerhin noch ein verhältnismäßig glückliches Land; die Methoden der Verleumdung gegen führende Sozialdemokraten, wie sie im vorstehenden Genosse Seevering charakterisiert, sind bei uns in Sachsen in einem Teil der bürgerlichen Presse längst im Schwange. Und zwar jetzt man bei uns nicht nur Privatangelegenheiten führender, am vordersten Stelle stehender Genossen in den politischen Kampf, sondern man umschleiert in verleumderischer Weise auch Fragen wie die, ob ein sozialdemokratischer Beamter die erste oder die zweite Frau hat, ob er von der ersten harmonisch oder disharmonisch geschieden wurde, welche Wohnung er bewohnt oder einst bewohnte. Siehe den Verleumdungssehnsucht, den man sich unter Führung der Leipziger Reaktionen Nachrichten gegen den Ministerialdirektor Freund lieferte. Seeverings Ausführungen beweisen, auf welche Verleumdungsmethoden wir uns im gesamten Reich während der kommenden Wahlen gefaßt machen müssen. Die Reaktion hofft dieses Geschäft unterm Ausnahmezustand am ungünstigsten betreiben zu können. Wenn Zeitungen wegen scharfer Kritik der Militärdiktatur verboten werden können, wenn jedes

Blatt, jede Karikatur einer Militärzensur zur Genehmigung vorgelegt werden müßten, kann sich jeder selbst ausmalen, wie es um die Garantien einer demokratischen Meinungsfreiheit bestellt sein würde. In Thüringen wurden während der Wahl mehrere sozialdemokratische Wähler franguliert. Wahlen aber bestimmen die Politik Deutschlands auf Jahre hinaus. Wahlkämpfe unter der Zensur deutschnationaler Generale vornehmen zu wollen, heißt darum breite Volksmassen um das Erbgutbürgerrecht der Demokratie zu betrügen!

Wir hätten darum gewünscht, daß die sächsische Regierung mit der Entschiedenheit der preussischen für die Aufhebung des Ausnahmezustandes kämpfte. Es genügt durchaus nicht, wenn der sächsische Ministerpräsident erklärt, man werde nichts gegen die Aufhebung tun. Und unklar erscheint uns, was man sich darunter vorstellen soll, wenn Genosse Heldt in der geistigen Sitzung des Landtages erklärt: Die Reichsregierung müsse erst sagen, was nach dem 1. März geschehen solle, erst dann könne die sächsische Regierung entscheidend dazu Stellung nehmen! Wenn die sächsische Demokraten die Forderung nach Verlängerung des Ausnahmezustandes mit ihrem demokratischen Programm glauben vereinbaren zu können, wenn die Volksparteiler die Herrschaft hinreichend blamierter Generale bereuigen möchten, so mögen sie das mit den Wählern abmachen. Von sozialdemokratischen Ministern jedoch muß erwartet werden, daß sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes mit der Entschiedenheit fordern, wie es die preussische Regierung, in der doch auch Volksparteiler sitzen, seit langem schon tut.

Bereitet die Wahlen vor!

Unter dieser Überschrift schreibt der Vorwärts: Der Reichsminister des Innern, Herr Barres, hat, wie wir schon in der heutigen Morgenausgabe unseres Blattes mitteilen, die Vorbereitung der Wahllisten für die Reichstagswahlen angeordnet, mit der Maßgabe, daß die Listen am 23. März ausgearbeitet sein sollen. Die Reichsregierung rechnet also mit der Möglichkeit, daß die Wahlen schon in der ersten Hälfte des April vorgenommen werden.

Die Sozialdemokratische Partei muß sich daher gleichfalls auf diesen Wahltermin einrichten und alle organisatorischen Vorbereitungen so rechtzeitig treffen, daß ihr Apparat tadellos lauft. In der bürgerlichen Presse wird viel über die Frage orakelt, ob die Sozialdemokratische Partei die Reichstagsaufhebung will. Darauf ist zu antworten, daß sie weder auf die Aufhebung hinarbeitet noch ihre sachliche Einstellung gegenüber den Verordnungen der Regierung von der Absicht beeinflussen lassen wird, die Aufhebung zu vermeiden.

Die bestehenden verfassungsrechtlichen und geschichtlichen Verhältnisse geben dem Reichstag das Recht, die von der Regierung erlassenen Verordnungen aufzuheben oder auf dem ordentlichen Weg der Gesetzgebung abzuändern. Dieses Recht des Reichstages bildet das Gegengewicht gegen die verstärkten Vollmachten, die der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz zugeflossen worden sind. Das Ermächtigungsgesetz ist der Regierung bewilligt worden unter der ausdrücklichen, im Gesetz selbst festgelegten Voraussetzung, daß der Reichstag die Verordnungen der Regierung aufheben oder abändern darf. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Reichstag von diesem seinem Recht auch einen Gebrauch macht, der den Interessen der breiten Volksmassen entspricht. Glaubt die Regierung, deswegen den Reichstag aufzulösen zu sollen, so mag sie es tun! Für den großen Wahlkampf von 1924 ist der 21. Februar erster Tag der Vorbereitungen.

Das Verhängnis der Weltreordernte

Unsere Leser erinnern sich noch der beweglichen Klagen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Grafen von Kanitz, die er anlässlich der landwirtschaftlichen Woche in Königsberg zum besten gab. Nach ihm hatte die Landwirtschaft nämlich das Bed, im Jahre 1923 besonders große Ernteerträge einzubringen. Die Brotgetreideernte belief sich auf rund 200 Millionen, die Haferernte auf etwa 130 Millionen Zentner, gegenüber dem Jahre 1922 ein Mehr von etwa 60 Millionen Zentner Brotgetreide und über 40 Millionen Zentner Hafer. Diese über Erwartung gute Ernte senkte die Preise. Daher die Unzufriedenheit der an herrliche Zeiten gewöhnten Agrarier. In den vorausgegangenen Jahren hatte sie die Protkontinenten auf schmale Ration gesetzt und einen großen Teil ihres Getreides in der Hoffnung auf immer höhere Weltmarktpreise zurückgehalten. Die ungewollte Folge war, daß sich neben den großen Ernteerträgen des letzten Jahres noch namhafte Bestände aus früheren Ernten in Händen der Erzeuger befanden. Die Zurückhaltung des Getreides wurde noch besonders gefördert durch die vor Schaffung der Rentenmark durchgeführte Annahme, daß Getreidevorräte ihre Wertbeständigkeit gegenüber Papiergeld bewahren und sich die Landwirte mit Sachwerten anderer Art, z. B. Maschinen, modernen Möbel- und Anzeigeneinrichtungen, bereits überfüttert hatten. Jetzt aber drücken die Vorräte aus früheren Ernten, vereint mit den äußerst großen Erträgen der letzten Ernte, um so stärker auf die Preise. Dieser Druck wird weiter verstärkt, da auch die Haferernte außerordentlich gut ausfiel und überdies der Haferverbrauch in ziemlich demselben Maße sich vermindert wie die Weizenhaltung durch zunehmenden Kraftstoffverbrauch verdrängt wird. Die Berliner Produktionsberichte zeigen den Rückgang der Preise in folgenden Jahren. Es kosteten in Goldmark je 1000 Kilo:

	1918/19	2. 11. 23	21. 1. 24
Wäckerle Weizen	202	212-214	186-185
Wäckerle Roggen	177	192-205	117-120
Wäckerle Hafer	159	175-177	95-100

Graf Kanitz wies in seiner Königsberger Rede mit Nachdruck darauf hin, daß nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt die Getreideernte sehr groß war. Das trifft zu. Die Roggenernte ist nach Feststellungen des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom — weitere Feststellungen liegen noch nicht vor — um etwa 15 Prozent höher als im Vorjahre. Das gleiche gilt für Hafer und Gerste. Für die Weizenernte gibt es gute Vergleichsziffern mit dem Auslande, denen zufolge geerntet wurden (in Millionen Zentnern) in

	1922	1923	mehr in 1923
Deutschland	120,0	158,0	38,0 = 32 Proz.
Frankreich	37,8	60,0	22,2 = 59
Italien	37,4	163,0	125,6 = 337
Rumänien	47,0	60,0	13,0 = 28
Spanien	48,6	80,6	32,0 = 66
Ungarn	25,0	26,0	1,0 = 4
Übriges Europa	171,6	188,4	16,8 = 10
Insgesamt	566,0	690,0	124,0 = 22 Proz.

Auch Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien und andre Getreideländer haben große Erntemehrerträge gegenüber dem Vorjahre. Schätzungsweise sind in diesem Jahre 240 Millionen Zentner Weizen mehr vorhanden, als normalerweise in einem Jahre abgeerntet werden. In einer nicht von kapitalistischen Profitrückständen, sondern von Volkswohlfahrtsgründen angetriebenen Wirtschaftsweise müßten solche gute Ernten auch ein besonderer Segen für die Gesamtheit sein. Leider trifft das auf die so viel gebriehene heutige Wirtschaftsordnung nicht zu. Die Landwirtschaft jammert über unerträgliche Notlage infolge zu guter Ernte, die die Preise drückt. Sie sinnt bereits darauf, wie man wieder wie einst die Getreidepreise am wirkungsvollsten in die Höhe treiben kann. Die Brotmarktpolitik des wilhelminischen Regimes ist ihr Ideal. In seiner Verwirklichung hindern sie zur Zeit das „Loch im Westen“ und diverse Ententegebote. Deutschland muß Getreide einführen. Vor dem Kriege be-